

## Nein-Parole der Aktionäre

Richemont-VR zur Abwahl empfohlen

**GENF** An der Generalversammlung des Luxusgüterkonzerns Richemont wird am kommenden Mittwoch ein rauer Wind wehen. Die Aktionärsvereinigung Ethos und der Vermögensverwalter zCapital empfehlen den Aktionären, den Vergütungsbericht in der Konsultativabstimmung abzulehnen. «Die Transparenz ist ungenügend», sagt zCapital-Chef Gregor Greber. «Nach welchen Kriterien die Manager entlohnt werden, ist nicht nachvollziehbar.»

Greber sperrt sich auch gegen die Wiederwahl des zwanzigköpfigen Verwaltungsrats: «Das Gremium ist zu gross und hat nicht genügend unabhängige Mitglieder.» Greber schlägt deshalb vor, den Verwaltungsrat zu verkleinern und empfiehlt zehn Mitglieder zur Abwahl.

Noch kritischer ist Ethos. Die Anlagestiftung lehnt bis auf die Verwaltungsräte Ruggero Magnoni, Guillaume Pictet und Maria Ramos alle ab. «Ramos und Pictet sind die einzigen unabhängigen Vertreter», so Ethos-Sprecher Vinzenz Mathys. Magnoni werde als Vertreter des grössten Aktionärs, der Compagnie Richemont Financière, akzeptiert. Im Unterschied zu zCapital stimmt Ethos gegen die Wiederwahl von CEO Johann Rupert als Präsident im Doppelamt. Richemont liegt denn auch im zCapital-Rating zur Corporate Governance unter den SMI-Unternehmen auf dem letzten Platz. CLAUDIA STAHEL

## Parisiene für Deutsche

Die Zigarette wird in Bayern produziert

Seit August gibt es Parisienne auch in Süddeutschland zu kaufen. «Viele Raucher nahe der Grenze schätzen die Marke», sagt André Hefti, Markenverantwortlicher von British American Tobacco Switzerland. Der Konzern hat das ursprüngliche Familienunternehmen der Burrus 1999 übernommen. Repräsentative Studien hätten gezeigt, dass Parisienne die Nummer eins ist unter deutschen Konsumenten, die in der Schweiz leben, sagt Hefti weiter. Durch den schwachen Euro gebe es aber auch Schweizer, die Parisienne in Deutschland kaufen, wo diese günstiger seien. Ganz echt schweizerisch sind die Parisienne aber nicht: Statt in der jurassischen Zigarettenfabrik in Boncourt, werden sie im bayrischen Bayreuth produziert. SERAINA KOBLER

ANZEIGE

**PRAXISNAH  
STUDIERN**

fallbezogen  
vernetzend  
karrierefördernd

www.kalaidos-fh.ch

Kalaidos  
Fachhochschule  
Schweiz  
Die Hochschule für Berufstätige.

# Verbände wollen CO<sub>2</sub>-Gesetz bodigen

Economiesuisse, Gewerbeverband und TCS drohen National- und Ständeräten mit Referendum

VON VICTOR WEBER

**ZÜRICH** Dicke Post haben da die National- und Ständeräte erhalten: Am Schluss eines zweiseitigen Schreibens drohen Economiesuisse, Gewerbeverband und TCS unverhohlen mit einem Referendum gegen das aufgelegte CO<sub>2</sub>-Gesetz. «Gelingt es nicht, einen vernünftigen Weg einzuschlagen, dann sind unsere Organisationen (...) willens, ein Referendum gegen die Vorlage zu ergreifen», heisst es im Brief, der vom 30. August datiert. Während National- und Ständerat ihre Differenzen ab übernächster Woche bereinigen wollen, erhöhen die drei Verbände den Druck, damit der Gesetzesentwurf als Ganzes fallen gelassen wird: «Wir lehnen den Entwurf wegen dreier kaum zu korrigierender Mängel klar ab.»

Sowohl die national- wie auch die ständerätliche Version sind den Verbänden ein Dorn im Auge. Denn egal, welche Variante obsiege, sei «eine massive Verteuerung der Treibstoffpreise (...) unausweichlich». Dies entweder wegen der Kompensationspflicht für Treibstoffimporte oder dann

Rechnung zu tragen und den erfolgreichen Klimaschutz der Schweiz zu retten. **Gelingt es nicht, einen vernünftigen Weg einzuschlagen, dann sind unsere Organisationen – unter Vorbehalt der Zustimmung ihrer Gremien – willens, ein Referendum gegen die Vorlage zu ergreifen.**

Wir stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung und hoffen auf Ihre Unterstützung.

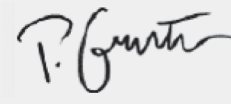
Schweizerischer Gewerbeverband Touring Club Schweiz economiesuisse



Dr. Hans Ulrich Bigler  
Direktor



Niklaus Lundsgaard-Hansen  
Zentralpräsident



Dr. Pascal Gentinetta  
Vorsitzender der Geschäftsleitung

**Drohbrief: Schreiben von Gewerbeverband, TCS und Economiesuisse an die National- und Ständeräte**

wegen der Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffen.

Im Gespräch sagt Gerold Bühner, Präsident von Economiesuisse, dass der Literpreis für Benzin um bis zu 40 Rappen steigen würde. Das würde die Volkswirtschaft jährlich um 1,8 Milliarden Franken belasten. «Das ist schlichtweg nicht akzeptabel, die Exportwirtschaft steht ohnehin mitten in einer ihrer grössten Herausforderungen der Nachkriegszeit.» Will heissen: Nebst dem starken Franken verträgt es keinen weiteren Stress.

Die Verbandstroika lehnt das geplante Gesetz auch darum ab, weil es ausschliesslich auf inländische Massnahmen setzt, um das Ziel zu erreichen, den Ausstoss des Treibhausgases bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu reduzieren. Mit einer flexiblen Kombination von Massnahmen im In- und Ausland könnten «wesentlich mehr Emissionen reduziert werden», argumentieren die Verbände. Konkreter wird Economiesuisse-Vorstandsmitglied Rolf Soiron im Gespräch: Bei gleichem finanziellen Einsatz könnte

ausserhalb der westlichen Welt eine vierfache Wirkung erzielt werden.

**Gaskombikraftwerke würden vom CO<sub>2</sub>-Gesetz verhindert**

In ihrem Schreiben bestreiten die drei Organisationen, dass die hiesige Wirtschaft von einer reinen Inlandfokussierung profitieren würde. Hingegen geht zum Beispiel der WWF Schweiz davon aus, dass «25 000 neue Jobs» geschaffen werden könnten. WWF-Chef Hans-Peter Fricker hält eine «innovationsfördernde neue Rah-

menbedingung» für sinnvoller, «als ständig CO<sub>2</sub>-Zertifikate zu kaufen», um inländische Emissionsüberschüsse zu kompensieren.

Was die Verbände in ihrem Brief nicht schreiben, ist, dass sie die Inlandfokussierung auch darum ablehnen, weil sie den Bau von Gaskombikraftwerken befürworten. Mit diesen soll die Zeit überbrückt werden, bis AKW der vierten Generation bereitstehen, die ohne Uran auskommen. Economiesuisse hat erreicht, dass die Energiekommission des Ständerates die Türe für die «grüne Atomenergie» offen halten will. Diese Haltung dürfte in den Räten auf Zustimmung stossen.

Der dritte grundsätzliche Mangel des Gesetzes ortet die Wirtschaft im staatlichen Dirigismus. Die vom Strassenverkehr finanzierte Stiftung Klimaschutz würde «zerstört» werden. Untergraben würden auch die Grundlagen der Energieagentur der Wirtschaft. Damit bliebe «die Frage der Erreichung der Kyoto-Ziele Ende 2012 durch die Schweiz ungewiss».

Einem Referendum würde sich auch der Hauseigentümergebieterverband anschliessen.

## Klinik Pyramide verzichtet freiwillig auf Staatskrücken

Spitaldirektor Beat Huber hat Verträge mit Sanitas und Helsana abgeschlossen – er sucht noch immer «schöne» Spitalbetten

**ZÜRICH** Obwohl ihr eine Bewerbung offenstand, hat sich die Privatklinik Pyramide gegen einen Platz auf der Zürcher Spitalliste entschieden. Zu Recht, wie Direktor Beat Huber findet: «Wir haben lange diskutiert und die Vor- und Nachteile abgewogen. Aber nur so bleiben wir unabhängig und agil», sagt er. Als sogenanntes Vertragsspital steckt die Klinik derzeit mitten in Verhandlungen mit den Krankenkassen. Die Tarifverträge für 2012 müssen aufgesetzt werden. Und obwohl einige Privatkliniken behaupten, die grossen Versicherer hätten bislang keine Verhandlungen mit möglichen Vertragsspitälern geführt, verzeichnet Huber bereits erste Erfolge. «Neben jenem mit Sanitas konnten wir diese Woche den Vertrag mit Helsana abschliessen.» Helsana ist die grösste Kasse der Schweiz.

Weitere Vertragsabschlüsse würden folgen, sagt Huber. Spannt er deshalb mit der Zürcher Klinik Bethanien und mit Lindberg in Winterthur zusammen, um auf die Kassen Druck auszuüben? «Nein, zuerst schaue ich für die Klinik Pyramide», sagt Huber. Anschliessend werde er sich aber sicher für die beiden Kliniken einsetzen.

**Pyramide unterzieht sich nicht Diktat der öffentlichen Hand**

Sowohl Bethanien als auch zu 49 Prozent das Privatspital Lindberg gehören der börsennotierten Westschweizer Spitalgruppe Genolier Swiss Medical Network (GSMN) an. Anfang August vereinbarten Cédric George, Hauptaktionär der Pyramide sowie Leiter des Zentrums für Brustkrebs und plastische Chirurgie, und GSMN einen Aktientausch. Während sich GSMN zu 20 Prozent an der Pyramide beteiligt, übernimmt George 20 Prozent an der Privatklinik Bethanien.

Mit der ab 2012 geltenden Spitalliste werden Spitäler in Zürich



Pyramide-Direktor Beat Huber: Weitere Verträge mit Versicherungen folgen

FOTO: BRUNO SCHLATTER

unabhängig von ihrer Trägerschaft in drei Kategorien unterteilt: Listen-, Vertrags- und Ausstandspitäler. Während Listenspitäler sowohl Anspruch auf öffentliche Gelder sowie auf eine Vergütung der Krankenkassen haben, können Vertragsspitäler wie die Pyramide die Kantonsbeiträge nicht geltend machen. «Im Gegenzug müssen wir uns aber nicht dem Diktat der öffentlichen Hand unterziehen», sagt Huber.

**Ein Drittel der Eingriffe entfällt auf die Schönheitschirurgie**

Dennoch hat er Verständnis dafür, dass sich nun einige Privatspitäler an den Staat anlehnen. Denn um als Nicht-Listenspital bestehen zu können, müsse man sich fokussieren und ein klares Marktbedürfnis erfüllen. «Umso mehr bin ich stolz darauf, freiwillig ein Vertragsspital zu sein», sagt er. Und seine Rechnung scheint auch tatsächlich aufzugehen. Bis Ende Jahr wird die Klinik deutlich mehr Privatpatienten behandeln haben als im Vorjahr.

Bekannt ist die Pyramide für das aufwendig umgebaute Bürohaus mit Blick auf den Zürichsee. Die Zimmer gleichen jenen eines Luxushotels, wären da nicht die Spitalbetten. «Es gibt einfach keine schönen Betten für Spitäler», sagt Huber. Sowohl in Italien als auch in den USA habe er sich umgeschaut und nichts gefunden, was den Anforderungen seines Spitals entsprechen würde.

Mit 140 Mitarbeitern und 90 Belegärzten führt die Klinik jährlich 3000 Operationen durch. Ein Drittel der Eingriffe fallen dabei in die Kategorie Schönheitschirurgie. Bei den restlichen Operationen hat sich die Klinik unter anderem auf Gelenk- und Sportchirurgie sowie Augen-, Hals-, Nasen- und Ohrenchirurgie spezialisiert.

MARTINA WACKER